

Pressemitteilung

12.09.2018

„Ich wünsche mir Gleichbehandlung“

Tag der Demokratie am Samstag, 15. September – Menschen mit Behinderung äußern ihre Wünsche an die Politik

Schnaittach/ Nürnberg/ Altdorf – Am Samstag, 15. September, ist der Internationale Tag der Demokratie. Klientinnen und Klienten der Rummelsberger Diakonie erzählen, was sie sich von der Politik wünschen und was sich ändern sollte.

Simone Geitner, 38 Jahre, aus Schnaittach:



„Es muss sich etwas ändern. Ich wünsche mir Gleichbehandlung und dass ich gleich bezahlt werde. Ich bin in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung beschäftigt und habe einen Außenarbeitsplatz in einer Tagespflege für Menschen mit Demenz. Dort arbeite ich früh in der Küche und nachmittags unterstütze ich in der Pflege. Für 30 Stunden bekomme ich 400 Euro, die anderen Mitarbeiter bekommen 700 Euro. Das ärgert mich. Wenn ich in der Werkstatt kündigen würde, weiß ich nicht, ob die Tagespflege-Einrichtung mich einstellen würde. Außerdem gibt mir die Werkstatt Sicherheit und ich möchte nicht auf die Betreuung durch die Mitarbeiter dort verzichten. Ich bin durch meine Sehbehinderung eingeschränkt. Ich wünsche mir, dass die Politik auch mal was für Menschen mit Behinderung macht.“

Martin Habler, 43 Jahre, aus Nürnberg



Pressemitteilung

„Ich verstehe nicht so viel von Politik, aber das meiste, das ich weiß, ist nicht gut für mich. Die Politiker denken viel zu wenig an Menschen mit Behinderung. Ich wünsche mir, dass ich in die Gesellschaft miteinbezogen werde. Im Bereich Barrierefreiheit muss mehr gemacht werden. Das ist mir ein großes Anliegen. Ich fahre oft nach Altdorf, um Freunde und Bekannte zu besuchen. Doch wegen einer Baustelle fährt die S-Bahn zwischen Altdorf und Feucht nicht. Es sind Busse eingesetzt. Aber fast alle Busse haben keine Rampe. Warum können die Verantwortlichen nicht auf so etwas achten? Es geht nicht nur um Rollstuhlfahrer, sondern auch um Leute mit Rollator oder Kinderwagen. Ich wünsche mir Gleichberechtigung.“

Marco Knorn, 30 Jahre, aus Altdorf



„Ich wünsche mir, dass die Politiker und die Bezirke miteinander sprechen. Die Bezirke müssen die Mietobergrenze anpassen. Viele Bewohner vom Wichernhaus möchten ausziehen, finden aber keine Wohnung. Oft scheitert es an der Mietobergrenze, die vorgibt, wie viel die Wohnung maximal kosten darf. Außerdem ist die Umsetzung des neuen Pflegegeldes schlecht gemacht. Man braucht Pflegegrad 3, um es beantragen zu können. Ich finde, es müsste für alle sein. Auch für die, die in einer eigenen Wohnung leben. Ich könnte mir auch Abstufungen nach Pflegegraden vorstellen. Mir wäre auch mit einer kleineren Summe geholfen. Das Pflegegeld wäre gut, damit ich mal etwas Geld zurücklegen kann. Sonst habe ich nichts, wenn mal was Größeres, wie der Kühlschrank kaputt ist. Da hätte ich mir mehr Flexibilität gewünscht.“

Mona Lanzendörfer, 29 Jahre, aus Altdorf



Pressemitteilung

„Es sollte mehr sozialen Wohnungsbau geben. Ich suche seit fast vier Jahren eine eigene Wohnung. Meistens scheidet es am Geld. Der Bezirk schreibt eine Mietobergrenze vor. Diese müsste an die aktuellen Mietpreise angepasst werden. Außerdem bräuchte es mehr Personal in der Pflege. Das ist auch hier im Wichernhaus ein Problem. Es klappt schon immer irgendwie, aber gerade die Freizeit kommt oft zu kurz, zum Beispiel Ausflüge.“

Interviews: Claudia Kestler (3.256 Zeichen)

Ansprechpartnerin

Claudia Kestler

Telefon 09128 50 2263

Mobil: 0151 41872872

E-Mail kestler.claudia@rummelsberger.net